



Stellungnahme der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung und Mission (KOO) zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Leistung von Beiträgen an das allgemeine Subventionskonto des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum des Internationalen Währungsfonds (PRGT)

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als Institution sowie als Geldgeber an Bedeutung gewonnen. Entwicklungsländer leiden besonders unter Krisenfolgen, haben jedoch wenig Mittel um gegenzusteuern. Insofern ist eine ausreichende Mittelausstattung des IWF zu begrüßen, um in Krisenfällen rasch reagieren zu können.

Seit Juli 2009 gibt es veränderte konzessionelle Finanzierungsmodalitäten für Niedrigeinkommensländer (LIC) durch neue Fazilitäten im Rahmen des Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum PRGT (Extended credit Facility ECF, Standby Credit Facility (SCF) und Rapid Credit Facility RCF). Das Ziel flexibel angepasster Finanzierungsmöglichkeiten und einer verstärkten Schwerpunktsetzung auf Wachstum und Armutsbekämpfung ist grundsätzlich positiv zu bewerten.

Eine Analyse aller bisher getroffenen Vereinbarungen im Rahmen des PRGT in einer Studie des DFI vom April 2012¹ zeigt allerdings, dass die Umsetzung diesen Ansprüchen nur wenig gerecht wird. Auch die interne Review der Konditionalitäten und Rückmeldungen aus betroffenen Ländern gehen in eine ähnliche Richtung.

Kritikpunkte:

- Primäre Ausrichtung auf Budgetkonsolidierung gefährdet das Erreichen der Entwicklungsziele. Ein verstärkter Schwerpunkt auf Wachstum und Armutsbekämpfung ist kaum nachweisbar. Es gibt etwas mehr Flexibilität, und Bemühen Sozialausgaben vor Kürzungen zu schützen – aber konkrete Analysen fehlen.
- Die Verteilungswirkung und Auswirkungen auf Beschäftigung (z.B. durch Gehaltsdeckelungen) und soziale Situation von Männern und Frauen werden nicht ausreichend berücksichtigt.
- Politikvorgaben sind zum Teil widersprüchlich. So können z.B. zusätzliche Mittel für Sozialausgaben in Bangladesh bestenfalls negative Auswirkungen für die Armen durch erhöhte Energiepreise und erhöhte Mehrwertsteuern auf Grundnahrungsmittel ausgleichen.
- Die Konditionen im Bereich der Steuerpolitik haben sich in den Programmen von 2006 bis 2012 verzehnfacht. Die Verteilungswirkung wurde nicht explizit beim Design von Steuermaßnahmen berücksichtigt.

¹ Martin, M. Watts, R., Enhancing the IMF's focus on growth and poverty reduction in Low-income countries. Development Finance International for Save the Children Norway, Norwegian Church Aid and the Norwegian Forum for Environment and Development. April 2012
http://www.reddbarna.no/?nid=154&hmfile=nzFU4ggm3vZwVSFOX_XgJQ%3d%3d

- Auch wird in der jüngsten Conditionality review des IWF 2012 festgestellt, dass Transparenz und Eigenverantwortung in den betroffenen Ländern gestärkt werden müssen.
- Eine interne Evaluierung ist erst 2018 geplant.

Empfehlungen:

Eine Beteiligung der Österreichischen Bundesregierung an der Aufstockung der Mittel für den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum des Internationalen Währungsfonds (PRGT) ist zu begrüßen unter der Bedingung, dass sich Österreich für folgende Verbesserungen in der Umsetzung einsetzt:

- ⇒ Im Zentrum muss das Ziel einer ausgewogenen nachhaltigen Entwicklung stehen, die Armut und Ungleichheit vermindert und zur Erreichung der Millennium Entwicklungsziele (MDGs) beiträgt.
- ⇒ Transparente Debatten des IWF mit betroffenen Ländern unter Beteiligung der Zivilgesellschaft über Ausgabenhöhe, genaue Begründung eventueller Kürzungen, Alternativszenarios zur Stärkung der Eigenverantwortung
- ⇒ jährlicher PRGT Bericht, der ausweist, wie Wachstum und Armutsbekämpfung forciert werden sowie entsprechende Analysen der einzelnen PRGT Programme (als Wachstumstreiber; Poverty and social impact assessments (PSIAs) makroökonomischer und struktureller Konditionalitäten inkl. geschlechtsspezifischer Wirkungen)
- ⇒ Auswirkungen auf Beschäftigung und Lohnniveaus berücksichtigen (insb. im Rahmen strukturelle Konditionalitäten)
- ⇒ gezielte Förderung von MDG relevanten Sektoren (Gesundheit, Bildung, Wasser, Landwirtschaft/Nahrungsmittelsicherheit, Soziales...)
- ⇒ Sicherstellen von ausreichendem fiskalischem Spielraum für anti-zyklische Maßnahmen und Schutz der Sozialausgaben (Social spending floors) für alle PRGT Programme
- ⇒ Verstärkte Flexibilität (adjusters) zur Anpassung bei Änderungen der verfügbaren Mittel
- ⇒ Vermehrte Bemühungen, das Steueraufkommen in den Ländern zu stärken, Unterstützung beim Aufbau progressiver Steuersysteme, Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung und Bereitstellung entsprechender Technical assistance

Ein Zwischenbericht über die Positionen Österreichs und die Entwicklung der Programme durch das Finanzministerium bzw. die Österreichische Nationalbank gegenüber dem Parlament ist bis spätestens 2015 vorzusehen.



Ing. Heinz Hödl
Geschäftsführer der KOO

Wien, am 28. Februar 2013